

Entschließungsantrag
der Gruppe der PDS/Linke Liste

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 12/1240, 12/1641 —

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans
des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1992 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 1992)

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien für die Vergabe von Finanzierungshilfen für Investitionen mit dem Ziel zu verändern, daß selbstverwaltete Betriebe, Selbsthilfeprojekte und Belegschaftsinitiativen in den Genuß von Fördermaßnahmen nach dem ERP-Sondervermögen kommen können.

Bonn, den 4. Dezember 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Förderung von selbstverwalteten Betrieben, Selbsthilfeprojekten und Belegschaftsinitiativen ist nach den gegenwärtigen Vergaberichtlinien nicht möglich. Selbstverwaltete und alternative Klein- und Mittelbetriebe sind aufgrund der Rahmengesetzgebung gegenüber anderen Unternehmensformen generell benachteiligt. Bankkredite und staatliche Finanzierungshilfen stehen ihnen – nicht zuletzt wegen des Kapitalmangels dieser Betriebe – nicht zur Verfügung.

Durch eine Änderung der ERP-Vergaberichtlinien könnten zumindest Rückbürgschaften als Sicherheiten in das Sondervermögen aufgenommen werden. Finanzhilfen in Form von Zuschüssen und Krediten könnten mit einem Beratungsangebot verbunden werden, so daß eine optimale Förderung alternativer, selbstbestimmter Klein- und Mittelbetriebe – vor allem in den neuen Ländern – verwirklicht werden könnte.

Belegschaftsinitiativen, die einen Betrieb in Selbstverwaltung weiterführen wollen, könnten aus dem ERP-Sondervermögen Finanzhilfen gewährt werden, z. B. Darlehen und Bürgschaften.

Statt z. B. in den neuen Bundesländern mit Milliarden DM die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, könnte über das ERP-Sondervermögen Geld zum Aufbau eines demokratischen, selbstverwaltenden Wirtschaftssektors bereitgestellt werden.